

Das schlechte Los der Schweizer Eltern

Bundesrat Europa-Vergleich zeigt: Schweizer Krippen halten preislich mit - aber die Eltern bezahlen massiv mehr

VON ANTONIO FUMAGALLI

«Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr», stellte Wilhelm Busch vor weit über hundert Jahren in einem Gedicht fest. Seine Gültigkeit hat der Spruch nicht verloren. Was sich jedoch geändert hat: Nachwuchs zu haben, ist, rein ökonomisch betrachtet, für Familien nicht mehr eine Form von Altersvorsorge, sondern mit hohen Kosten verbunden. Wer Kinder hat, ist gar stärker von Armut bedroht.

Neben den Ausgaben für Windeln, Babynahrung und Kinderärzte fällt in den ersten Lebensjahren insbesondere der Krippenplatz ins Gewicht - sofern sich die Familien entscheiden, ihre Kinder (auch) fremdbetreuen zu lassen. Doch wie viel kostet die Tagesstätte genau? Wer

«Eine Mittelstandsfamilie braucht keine Steuergelder, um sich den Betreuungsplatz finanzieren zu lassen.»

Nadja Pieren, Nationalrätin (SVP, BE)

bezahlt wie viel? Und vor allem: Wie sieht der direkte Vergleich mit den Nachbarstaaten aus? Ein gestern veröffentlichter Bericht des Bundesrats bringt dazu neue Erkenntnisse.

In Ostdeutschland ists günstig

Die Vermutung, dass ein Krippenplatz in der Schweiz massiv teurer als im umliegenden Ausland ist, trifft gemäss den Studienautoren nicht zu. Sie haben dazu hiesige Angebote mit solchen in Österreich, Frankreich und Deutschland verglichen. So betragen die inflations- und kaufkraftbereinigten Vollkosten für einen Krippenplatz pro Tag im Kanton Zürich durchschnittlich 112 Franken, in der Waadt 110 Franken, in Salzburg 92 Franken und in Frankfurt und Lyon gar 136 Franken. Deutlich günstiger ist es nur in ländlichen Regionen Österreichs und Frankreichs sowie in Ostdeutschland. In allen Fällen ist das Personal der mit Abstand grösste Budgetposten, die Sachkosten für Infrastruktur und Verpflegung fallen kaum ins Gewicht.

Doch damit ist nicht gesagt, was hierzulande in erster Linie interessieren dürfte: In der Schweiz bezahlen Eltern einen bedeutend höheren Anteil an der Fremdbetreuung ihrer Kinder als in den umliegenden Ländern. So übernimmt die öffentliche Hand im Kanton Zürich gerade mal 34 Prozent der Kosten, während der Wert in Österreich und Deutschland zwischen 75 und 86 Prozent liegt. Speziell ist das System in Frankreich, wo sich zusätzlich



Fremdbetreute Kinder kosten ihre Eltern eine schöne Stange Geld – weshalb der finanzielle Anreiz für zahlreiche Familien klein ist.

ANDREAS HERZAU/LAIF/KEYSTONE

noch die Arbeitgeber in Form von Sozialversicherungsbeiträgen und teilweise direkten Subventionen beteiligen.

Theoretisch wäre es möglich, die hohen Vollkosten von Krippenplätzen zu reduzieren - etwa mit kürzeren Öffnungszeiten oder indem die bereits heute tiefen Löhne des Krippenpersonals gedrückt würden. Doch dann würde die Qualität des Angebots leiden, was nicht erwünscht ist. Entsprechend lapidar hält der Bundesrat fest: «Es lassen sich keine offensichtlichen Einsparmöglichkeiten identifizieren.»

Zusatzverdienst «weggefressen»

Ist der politische Wille dazu vorhanden, lässt sich der Kostenanteil, den die Familien tragen, hingegen verringern - so wie es im umliegenden Ausland, bei einer allerdings höheren Steuerbelastung der Bürger, der Fall ist. Der Bundesrat

will sich mittelfristig den Modellen unserer Nachbarn annähern. Denn gemäss Studie können die derzeit hohen Krippenausgaben zu «fehlenden oder gar negativen Erwerbsanreizen» führen. Mit anderen Worten: Nicht wenige Elternteile bleiben heute zu Hause bei den Kindern, weil der potenzielle Zusatzverdienst grösstenteils wieder durch die höhere Steuerrechnung und die Krippenkosten «weggefressen» wird.

Um diesen auch angesichts des Fachkräftemangels unerwünschten Effekt abzuschwächen, hat der Bundesrat bereits im Mai vorgeschlagen, die Rahmenbedingungen für die familienergänzende Kinderbetreuung zu fördern. Mit einem Kredit von 100 Millionen Franken über acht Jahre will er bei Kantonen, Gemeinden und allenfalls Arbeitgebern Anreize für Mehrinvestitionen in Krippen schaffen.

22

Prozent ihres Einkommens gibt eine durchschnittliche Zürcher Familie für die Krippe aus, wenn ihre zwei Kinder diese während 3½ Tagen pro Woche besuchen.

Ein entsprechender Vernehmlassungsentwurf wird schon diesen Herbst vorliegen. Zumindest von rechts bläst dem Bundesrat aber ein rauer Wind entgegen: «Eine Mittelstandsfamilie braucht keine Steuergelder, um sich ihren Betreuungsplatz vom Staat finanzieren zu lassen», sagt Nationalrätin Nadja Pieren (SVP, BE). Zudem gefährde der Bund mit dieser Politik das gut funktionierende Angebot der privaten Tagesstätten.

Für Christine Bulliard-Marbach (CVP, FR) schlägt der Bundesrat hingegen den richtigen Weg ein: «Jede Familie muss die Möglichkeit haben, ihre Kinder fremdbetreuen zu lassen, wenn sie das wünscht. Wir müssen mit der Zeit gehen.»



**Sollen Kitas gratis werden?
Stimmen Sie online ab!**